

Corona-Krise

"Das Konjunkturpaket ist nicht transformativ genug"

Der Regierungsberater Tom Krebs rechnet mit viel mehr Arbeitslosen und hält ein zweites Konjunkturpaket für nötig. Das sollte nicht Konsum, sondern grünen Umbau fördern.

Interview: **Mark Schieritz** und **Petra Pinzler**

2. Juli 2020, 13:55 Uhr / [52 Kommentare](#) / 

Tom Krebs ist Wirtschaftsprofessor in Mannheim. Der Makroökonom hat sich viel damit beschäftigt, wie sich Wirtschaftswachstum auf die Lebensqualität auswirkt. Im vergangenen September holte Olaf Scholz ihn als Berater ins Finanzministerium, wo er die Krisenpolitik mitkonzipiert und immer wieder darauf gedrängt hat, bei den Geldausgaben die ökologische Krise und die nötige Transformation der Wirtschaft mehr zu berücksichtigen. Krebs kritisiert am Paket das "relativ moderate Volumen der transformativen Ausgaben", ihm gibt die Regierung zu viel Geld für den Konsum aus.

ZEIT ONLINE: Herr Krebs, in dieser Woche soll das größte Konjunkturpaket aller Zeiten verabschiedet werden. Ist Deutschland jetzt gerettet?

Tom Krebs: Nein, wahrscheinlich nicht. Wir werden im Herbst voraussichtlich enttäuscht feststellen müssen, dass wir noch ein weiteres Paket brauchen.

ZEIT ONLINE: Weshalb? Die Stadtzentren füllen sich mit Menschen, die Unternehmen fahren die Produktion wieder hoch, die Grenzen sind wieder offen. Die Bundesbank sagt, dass nach dem schweren Wirtschaftseinbruch im Frühjahr jetzt die Wende da ist.

Krebs: Es geht wieder aufwärts, insofern ist die Wende tatsächlich da. Aber das Wirtschaftswachstum wird nach allem, was wir beobachten können, nicht stark genug sein, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Unternehmenspleiten zu verhindern. Man wird das schon bald in den Fußgängerzonen sehen können, wenn mehr und mehr Läden schließen. Die ersten haben das ja auch schon angekündigt, Galeria Karstadt Kaufhof beispielsweise. Ich rechne damit, dass wir Ende des Jahres über drei Millionen Arbeitslose haben werden, das wäre fast eine Million mehr als zu Jahresbeginn.

ZEIT ONLINE: Genau das sollte mit dem Konjunkturpaket aber doch verhindert werden.

Krebs: Das Konjunkturpaket stützt die Wirtschaft [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/konjunkturpaket-konsum-grosse-koalition-verschuldung>] im Inland, aber es wird trotzdem keine vollständige Erholung geben. Deutschland [<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/coronavirus-echtzeit-karte-deutschland-landkreise-infektionen-ausbreitung>] ist extrem abhängig vom Export. In den meisten anderen europäischen Ländern, in die die deutschen Firmen ihre Produkte verkaufen, läuft es wirtschaftlich viel schlechter als bei uns. Auf Amerika kann man auch nicht zählen, zumal dort die Zahl der Corona-Fälle weiter steigt [<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-06/usa-coronavirus-neuinfektionen-fallzahlen-corona-tests-hoehchststand>]. Und China hat ebenfalls Probleme. Das ist ein wichtiger Unterschied zur Situation nach der internationalen Finanzkrise. Damals kauften die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens enorm viele deutschen Maschinen und Fahrzeugen. Das hat uns enorm geholfen, heute fehlt diese Nachfrage.

TOM KREBS

ist Wirtschaftsprofessor in Mannheim. Im September holte Olaf Scholz ihn als Berater ins Finanzministerium, wo er die Krisenpolitik der Regierung maßgeblich mitkonzipierte.

ZEIT ONLINE: Wenn der internationale Abwärtssog so gewaltig ist: Wären dann nicht globale Maßnahmenpakete statt nationale Konjunkturprogramme sinnvoll?

Krebs: Dazu bräuchte es eine Weltregierung und die gibt es nicht. Kümmern wir uns also um die Dinge, die wir selbst beeinflussen können. Für Europa werden wir hoffentlich einen europäischen Wiederaufbaufonds auf den Weg bringen. Das hilft

Ländern wie Spanien und Italien. Und im eigenen Land können wir auch mehr tun – damit werden wir einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht komplett verhindern, aber abbremsen können.

ZEIT ONLINE: Finden Sie es den gut, was diese Woche beschlossen werden soll?

Krebs: Ich finde es gut, dass der Staat sich gegen die Krise stemmt. Allerdings passiert das eben nicht konsequent genug. Das Konjunkturpaket ist nicht transformativ genug.

ZEIT ONLINE: Was heißt das?

Krebs: Es war schon vor Corona fast allen klar, dass wir nachhaltiger wirtschaften müssen, damit die Welt für unsere Kinder noch lebenswert bleibt. Die Krise ist in dieser Hinsicht auch eine Chance: Wir geben jetzt sehr viel Geld

aus und das sollte in den nötigen Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft fließen. Wir brauchen eine echte Verkehrswende, Weiterbildungsmaßnahmen, mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

ZEIT ONLINE: Dann gehen aber Jobs in der Autoindustrie oder der Luftfahrt verloren. Gibt es einen Zielkonflikt zwischen Transformation und Konjunkturstützung?

Krebs: Das sehen einige Ökonomen so, die rein keynesianisch argumentieren – also die Aufgabe des Staates vor allem darin sehen, die Nachfrage zu stabilisieren. Deshalb haben sich unter anderem für eine Autokaufprämie starkgemacht. Ich glaube aber, dass sich dieser Widerspruch auflösen lässt. Wenn der Staat Geld für eine moderne Infrastruktur ausgibt, dann hilft das der Konjunktur und es fördert Umbau der Wirtschaft. Konkret: Wenn wir überall im Land mit öffentlichen Mitteln E-Tankstellen bauen lassen, dann sichern wir Arbeitsplätze – und schaffen die Voraussetzung dafür, dass sich elektrische Antriebe durchsetzen. Im jetzt diskutierten Konjunkturprogramm gibt es zwar solche Ideen, aber dafür wird zu wenig Geld bereitgestellt. Viele Milliarden gehen stattdessen in traditionelle Konsumanreize, zum Beispiel durch die Senkung der Mehrwertsteuer.

"Die private Bautätigkeit wird zurückgehen"

ZEIT ONLINE: Die Kaufprämie für die Autoindustrie ist aber nicht gekommen.

Krebs: Das stimmt und das ist auch gut so. Aber die pauschale Senkung der Mehrwertsteuer soll natürlich auch den Kauf großer Autos anregen. Trotzdem war das Signal wichtig: Die Regierung hat durch das Nein zur Kaufprämie für Autos mit Verbrennungsmotor gezeigt, dass sie nicht mehr alles tut, was die Autolobby will, und das war sehr wichtig.

ZEIT ONLINE: Das sehen die Beschäftigten in der Autoindustrie wahrscheinlich anders.

Krebs: Es gibt in Deutschland diese Tradition, dass man die betroffenen Unternehmen fragt, wenn man wissen will, ob ein Gesetz gut ist. Die Interessen eines einzelnen Konzerns sind aber nicht deckungsgleich mit den Interessen der Wirtschaft insgesamt und auch nicht automatisch mit den Interessen der Bürger. Konkret bedeutet das: Mit dem Verbrennungsmotor können die Autokonzerne heute Geld verdienen, also wollten sie eine Kaufprämie für solche Autos. Doch diese Technologie hat langfristig keine Zukunft, denn immer mehr Länder und damit auch Absatzmärkte setzen auf Elektromobilität. Es werden also auf jeden Fall Arbeitsplätze wegfallen, vor allem bei den kleineren Zulieferbetrieben der Autokonzerne, die häufig sehr

spezielle Teile herstellen. Es wäre doch viel besser, diesen Unternehmen jetzt sehr großzügig bei der Umstellung ihrer Produktion zu helfen, als überkommene Strukturen durch staatliche Subventionen künstlich zu erhalten.

ZEIT ONLINE: Hätte man nach dieser Maßgabe die Lufthansa nicht einfach in die Insolvenz schicken sollen, statt sie mit vielen Milliarden zu retten [<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2020-06/lufthansa-rettungspaket-staatshilfe-treffen-bundesfinanzministerium-olaf-scholz-peter-altmaier>]?

Krebs: Dann wären auf einen Schlag sehr viele Arbeitsplätze weg. Das ist aus meiner Sicht keine verantwortungsvolle Politik. Wir haben es hier mit einem Strukturwandel zu tun, der einigermaßen sozialverträglich nur in einem Zeitraum von mehreren Jahren zu machen ist. Da muss man den Unternehmen auch ein bisschen Luft geben. Der Bund hat jetzt bei der Lufthansa einen Anteil von 20 Prozent und ist im Aufsichtsrat vertreten. Da kann die Politik natürlich Einfluss nehmen und zum Beispiel darauf achten, dass bei der Neuanschaffung von Flugzeugen stärker auf ökologische Kriterien geachtet wird.

ZEIT ONLINE: Sie gehen davon aus, dass die Regierung weiß, was die richtige Richtung für die Wirtschaft ist. Wirtschaftsliberale würden sagen: Politiker liegen oft falsch und werfen unnötig viel Geld heraus.

Krebs: Der Staat sollte den Unternehmen nicht im Detail vorschreiben, worin genau ihr Geschäftsmodell zu bestehen hat. Er soll aber dafür sorgen, dass die nötige Infrastruktur für zukunftsfähige Geschäftsmodelle entsteht. So etwas hat im Übrigen auch in der Vergangenheit immer wieder für Technologieschübe gesorgt. In den USA hat der staatlich angeschobene Ausbau des Erie Kanals zwischen dem Hudson River und den großen Seen die Küstenregionen des Ostens mit den Weiten des Mittleren Westens verbunden und damit den Grundstein für den wirtschaftlichen Aufstieg der Nation gelegt. Ich würde jetzt ganz konkret zehn Milliarden zusätzlich für die Kommunen bereitstellen, damit die ihre Investitionen nicht aus Geldmangel zurückfahren müssen.

ZEIT ONLINE: In der Vergangenheit sind solche Gelder oft nicht abgeflossen, zum Beispiel weil die Baufirmen ohnehin schon volle Auftragsbücher hatten.

Krebs: Auch das wird sich durch die Krise ändern. Die private Bautätigkeit wird zurückgehen. Die Firmen haben weniger zu tun. Es gibt, ökonomisch gesprochen, wieder freie Kapazitäten, die mit staatlichem Geld nutzbar gemacht werden können. Aber man muss da grundsätzlicher herangehen. Ich habe dazu im Finanzministerium auch einen Vorschlag gemacht: Wir brauchen einen langfristigen – also auf mehrere Jahre angelegten – Investitionsplan für die sozial-ökologische Transformation der deutschen Wirtschaft. Die einzelnen

Fachministerien sollten die nötigen Maßnahmen identifizieren und das Finanzministerium sollte alles zusammenführen.

"Es muss kein Konsumverzicht geben"

ZEIT ONLINE: Wie kam der Vorschlag bei Olaf Scholz an?

Krebs: Er fand ihn interessant.

ZEIT ONLINE: Können wir uns das alles überhaupt leisten? Der Staat nimmt so viele neue Schulden auf wie nie zuvor. Die Kritiker sagen: auf Kosten der kommenden Generationen.

Krebs: Das entspricht nicht meinem Verständnis von Generationengerechtigkeit. Es geht ja gerade darum, durch den Umbau der Wirtschaft unseren Kindern und Enkeln ein besseres Leben zu ermöglichen. Wenn der Planet kaputt ist, kann man sich von einem ausgeglichenen Staatshaushalt auch nichts kaufen. Schulden sind in diesem Zusammenhang eine Investition in die Zukunft.

ZEIT ONLINE: Wie viel Geld kann sich Deutschland eigentlich sinnvollerweise leihen?

Krebs: Der finanzielle Spielraum eines Staates wird im Wesentlichen durch das begrenzt, was die Finanzmärkte ihm zu leihen bereit sind. Das ist im Fall Deutschlands sehr, sehr viel und auch noch zu sehr niedrigen Zinsen. Wir sollten andersherum fragen: Wie viel Geld brauchen wir, damit das Land in Zukunft gut dasteht.

ZEIT ONLINE: Die Obergrenze für die Staatsverschuldung liegt in der EU bei 60 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die deutsche Schuldenquote wird in diesem Jahr bei rund 75 Prozent liegen, die französische bei 110 Prozent.

Krebs: Ich halte es für richtig, dass es eine Schuldenregel gibt. Aber eine Zielmarke von 60 Prozent erscheint in Zeiten niedriger Zinsen nicht mehr zwingend. Aus meiner Sicht bieten sich 90 Prozent an, das wäre ein Wert, der auch für höher verschuldete EU-Länder realistisch ist. Wenn man unter dieser Quote liegt, sollte man eine gewisse Freiheit haben, darüber muss es einen Plan geben, wie man das wieder zurückführt.

ZEIT ONLINE: Wenn das alles so kommt, wie Sie es sich vorstellen: Werden wir verzichten müssen, um die Umwelt zu retten?

Krebs: Nein, es muss keinen Konsumverzicht geben, aber der Konsum wird sich ändern. Wir brauchen einen qualitativ hochwertigeren Konsum.

ZEIT ONLINE: Lieber einmal in der Woche Biofleisch als jeden Tag Billigfleisch

– das hat aber in der Vergangenheit nicht sehr gut funktioniert.

Krebs: Die meisten denken bei Konsum nur an Freizeit und Reisen, aber das macht nur 10 Prozent der Ausgaben aus. Sehr viel Geld wird für Wohnen und Heizen bezahlt. Wenn wir also – auch durch kluge staatliche Programme – die Gebäude gut sanieren, steigt die Wohnqualität. Das wäre ein hochwertiger Konsum, der sich aber auch in höheren Mieten niederschlagen würde.

ZEIT ONLINE: Den muss man sich leisten können.

Krebs: Deshalb brauchen wir auch höhere Löhne, vor allem einen höheren Mindestlohn und eine bessere Tarifbindung. Die Leute sollen so viel verdienen, dass sie sich Wohnen leisten können. Die ökologische Modernisierung hat immer eine soziale Komponente. Mehr Ökologie geht nicht ohne gute Sozialpolitik. Und das Soziale hat immer auch eine ökologische Komponente, weil es immer auch die Lebensqualität der nächsten Generation im Blick haben sollte.

Eine kürzere Version dieses Interviews erschien in der ZEIT 28/2019

[<https://www.zeit.de/2020/28/corona-konjunkturpaket-arbeitslosigkeit-wirtschaftskrise-staatsverschuldung>].